

Zu hart an der Grenze – und eine vertane Chance

Von *Christoph Riedl*

Was sich täglich und seit Jahren an der bosnisch-kroatischen Grenze abspielt, ist kein Randphänomen, sondern ein Brennpunkt europäischer Migrationspolitik. Im Lager Lipa, eineinhalb Autostunden von der EU entfernt, zeigt sich, wie Europa Verantwortung auslagert. Saubere Container, gepflasterte Plätze und Spielgeräte können nicht kaschieren, dass das EU-finanzierte Lager Lipa kein Ort der Integration ist, sondern ein Wartesaal ohne Ziel. Hier endet Europa – nicht geografisch, sondern moralisch.

Die Menschen dort leben in einer Art Zwischenwelt, abgeschnitten von der Gesellschaft und abhängig von Hilfsorganisationen. Wer in Lipa lebt, steckt fest. Die Flucht nach vorn, über die kroatische Grenze, endet meist in Gewalt. Kroatische Sicherheitskräfte überschreiten dabei regelmäßig Grenzen, die nicht nur topografisch sind: Sie treten, schlagen, bedrohen, rauben aus – und schicken Menschen, die um Asyl bitten, rechtswidrig zurück.

Zeugnisse von Betroffenen und NGOs berichten immer wieder vom gleichen Muster: Handys werden zerstört, Schuhe abgenommen, Geld geraubt. Menschen werden gezwungen, durch eiskalte Flüsse zurück nach Bosnien zu waten. Viele leiden an Verletzungen, Unterkühlung oder sind traumatisiert. Pushbacks verstoßen gegen internationales Recht – und geschehen mit System. Währenddessen schweigt die EU-Kommission oder lobt

Kroatien gar für den „Schutz der Außengrenze“. So wird Rechtsbruch zur europäischen Praxis.

Bosnien, EU-Beitrittskandidat, ist mit dieser Realität überfordert. Ein Asylgesetz gibt es zwar, doch es ist ein reiner Papiertiger. Kaum eine Handvoll Anträge wird jährlich bearbeitet, und viele Menschen wissen nicht einmal, dass sie theoretisch Asyl beantragen könnten. Unterdessen fließen europäische Gelder nicht in Strukturen, die Schutz ermöglichen, sondern in Grenzsicherung und Kontrolle. Damit wird ein Zustand produziert, der Stabilität vortäuscht, aber faktisch eine rechtsfreie Zone schafft.

In Städten wie Bihać oder Velika Kladuša zeigen sich die Spannungen deutlich: Die Bevölkerung ist gespalten zwischen Mitgefühl und Überforderung. Viele fühlen sich von Sarajevo und Brüssel im Stich gelassen. Hilfsorganisationen wie das *Rote Kreuz*, die *Diakonie* oder *SOS-Balkanroute* versuchen, die Menschenwürde zu sichern – mit medizinischer Hilfe, Essens- und Kleidungs Ausgaben. Doch sie kämpfen gegen Windmühlen, solange keine politischen Lösungen greifen. Die EU investiert Milliarden in Abschottungsmaßnahmen, aber kaum in menschenwürdige Aufnahme.

Bosnien steht damit für das Paradox europäischer Flüchtlingspolitik: Das Lager Lipa ist Teil eines Systems, das Geflüchtete verwaltet, aber nicht schützt. Sie sollen

dort warten. Aber worauf? Nur ja keine Perspektive bieten. Dieses „Warten“ ist zur Methode geworden, die Menschen unsichtbar macht. Wer in Lipa lebt, kann weder zurück noch vorwärts. So entsteht ein Niemandsland im Herzen des Kontinents, geschaffen von einem System, das Ordnung verspricht, aber Ohnmacht produziert.

Dabei gäbe es eine andere Option. Statt ständig neue Externalisierungsphantasien zu entwerfen – Asylverfahren in fernen, politisch instabilen Drittstaaten wie Ruanda, die rechtlich fragwürdig und finanziell grotesk teuer sind – könnten diese durch ein anderes Modell ersetzt werden: Europa könnte helfen im eigenen Beitrittskandidatenland Bosnien ein funktionierendes Asyl- und Integrations-system aufzubauen.

Registrierungsstellen, faire Verfahren, unabhängige Rechtsberatung, Zugang zu Arbeit, Bildung und Integration. Für viele wäre Bosnien selbst eine Perspektive, für andere ein Ort geordneten Aufnahmeverfahrens in der EU.

Ein solches Modell könnte Pilotcharakter haben – ein Beispiel für echte gemeinsame Verantwortung. Die EU könnte zeigen, dass sie auf dem Fundament der Menschenrechte errichtet wurde. Bosnien wiederum könnte seine Annäherung an Europa mit realen Fortschritten im Menschenrechtsschutz untermauern.

Ein solches System würde die Logik der Außengrenz-Abwehr durchbrechen. Es nähme ernst, dass Migration nicht wegorganisiert werden kann, sondern gestaltet werden muss – im Einklang mit Menschenwürde und Recht. Die entscheidende Frage lautet daher nicht, wie hoch Europa seine Zäune zieht, sondern welche Ordnung an diesen Zäunen gilt. Abschottung nach dem Motto „Hauptsache weg mit den Menschen“ bleibt eine autoritäre Illusion. Geteilte Verantwortung mit einem künftigen Mitgliedstaat wie Bosnien könnte hingegen zeigen, dass Sicherheit, Rechtsstaat und Humanität zusammengehören. Lipa wäre dann nicht länger ein Wartesaal ins Nichts, sondern der Ausgangspunkt einer anderen Erzählung europäischer Flüchtlingspolitik.

Europa steht an einer Weggabelung: Entweder verweigert es sich weiter der Realität globaler Migration – mit Mauern und Gewalt –, oder es erkennt, dass Stabilität nur dort wächst, wo Menschenrechte gelten. Was dort geschieht, entscheidet über die Glaubwürdigkeit der europäischen Idee. Noch ist Zeit, diese vertane Chance zu verwandeln – in ein Kapitel, das zeigt, dass Humanität und Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern zwei Seiten desselben europäischen Versprechens.



Christoph Riedl ist Experte für Asyl, Integration und Menschenrechte der Diakonie.